

PRESSEMITTEILUNG

Keine Bundeswehr im Schulunterricht, keine Militärforschung an Universitäten

Heidelberg, 16.7.2023

Der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz lancierte am Freitag in den Zeitungen der Mediengruppe Bayern die Forderung nach freiem Zugang der Bundeswehr zu Schulen und mehr militärischer Forschung an den deutschen Hochschulen. Er erhielt laut Rhein-Neckar-Zeitung Zustimmung vom Deutschen Hochschulverband und der Hochschulrektorenkonferenz und auch der bildungspolitische Sprecher der SPD Oliver Kaczmarek ist für die „Verankerung der Bundeswehr in der Gesellschaft“ durch Präsenz in Schulen und auf Ausbildungsmessen.

Das Friedensbündnis Heidelberg wendet sich entschieden gegen die Bestrebungen, Militär zu einem normalen Teil der Gesellschaft und Rüstung zu einem gewöhnlichen Geschäft zu machen.

Kaczmarek will bei Auftritten der Bundeswehr eine „ausgewogenere Darstellung“. Dies ist aber von Jugendoffizieren nicht zu erwarten. Ihre Auftritte dienen nicht einer sinnvollen Auseinandersetzung über komplexe Themen, wie Sicherheitspolitik allgemein und die Rolle von Armeen im Zusammenhang internationaler Konfrontationen, Konflikte, geostrategischer und wirtschaftlicher Interessen. Sie werden abkommandiert, um ein vorteilhaftes Bild von der Bundeswehr zu vermitteln und nicht um beispielsweise über die harte Realität verheerender Auslandseinsätze, wie in Afghanistan, zu berichten. Letztlich dient ihre Arbeit, im Zusammenspiel mit Messeauftritten, volksfestartigen Bundeswehrveranstaltungen und offensiver Plakatwerbung dazu, junge Menschen für die deutsche Armee anzuwerben. Dazu wird das Kriegshandwerk als normale, aber besonders spannende, technisch interessante Arbeit angepriesen und die Bundeswehr als gewöhnlicher Arbeitgeber, der hervorragende Ausbildung und Karrierechancen bietet.

Die Mitgliedsgruppen des Friedensbündnis unterstützen die von pazifistischen, kirchlichen, antimilitaristischen und gewerkschaftlichen Organisationen getragenen Kampagnen dagegen, wie „Schulfrei für die Bundeswehr“ und „Kein Werben für Sterben“.

Sie lehnen zudem auch die militärische Forschung an Hochschulen entschieden ab und stellen sich hinter die universitären Initiativen für die Einhaltung und Ausweitung von entsprechenden Zivilklauseln.

Sie verweisen darauf, dass mehr Waffen offensichtlich nicht mehr Sicherheit schaffen und Kriege nicht verhindern, sondern fördern. Die NATO-Staaten geben seit Jahrzehnten vielfach so viel für Rüstung aus wie andere Länder, inklusive Russland. Sie konnten damit den Frieden in Europa nicht sichern, führten aber Kriege gegen Jugoslawien, Irak, Afghanistan und Libyen.

Rüstungsforschung und -Entwicklung rauben zudem wissenschaftliche, finanzielle und materielle Ressourcen, die zur Lösung der großen Probleme der Menschheit, wie Umwelt- und Klimaschutz, Wasserknappheit oder Hunger dringend benötigt werden.

Wie der Ukraine-Krieg zeige, so die im Friedensbündnis Aktiven, herrsche kein Mangel an Waffen und Militär, sondern an Fähigkeiten, Kriege durch kluge Politik und Diplomatie zu verhindern oder wenigstens zu stoppen, sowie an einer Ausbildung in den Schulen und Universitäten, die dazu beiträgt, Feindbilder zu überwinden und sich bewusst zu machen, dass Frieden nicht gegeneinander, sondern nur miteinander zu erreichen ist und wir die gewaltigen Menschheitsprobleme in der „einen Welt“ nur gemeinsam lösen können.

Für Nachfragen steht Ihnen Joachim Guilliard (0171/5813890) vom Friedensbündnis Heidelberg gerne zur Verfügung.